

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

49 (27.2.1919)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Preis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abloren oder am Posthalter monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,60 M. Zugestellt durch unsere Träger monatlich 1,30 M., vierteljährlich 3,90 M.; durch die Post 1,34 M. bezw. 4,02 M.

Ausgabe: Freitag mittags: Geschäftsstell. 1/8-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelle ob. deren Raum 25 s., zuzügl. 30 % Kreuzungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefrist 1/29 vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Muehlen.

Von Dr. Hans Kampffmeyer.

Karlsruhe, 27. Febr.

Der erst vierzigjährige Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen des Reiches, Herr v. Müller, ist auf eine ungewöhnliche Laufbahn zurückzuführen. Nach Beendigung seiner juristischen Studien geht er ins Ausland, nach Amerika, und macht sich nach seiner Rückkehr in München als Rechtsanwalt selbstständig. Diese Tätigkeit befriedigt ihn nicht. Da er für Außenpolitik lebhaftes Interesse hat, bewirbt er sich um eine Anstellung im auswärtigen Amt. Dagegen er keine Verbindungen hat, gelingt es ihm, neben alles Erwarten anzukommen. Durch eine Denkschrift wird Wilson auf ihn aufmerksam. Er wird von nun an zu wichtigeren Arbeiten herangezogen. Als Krupp von Bohlen-Halbach einen Beamten des auswärtigen Amtes als Privatsekretär wünscht, wird er dahin empfohlen. Von da tritt er in die Firma Krupp über, und steigt sehr bald zum Prokuristen und sodann zum Mitglied des Direktoriums der Firma empor. In dieser Tätigkeit hat er u. a. auch die Aufgabe, wichtige Verhandlungen mit ausländischen Staaten wegen Lieferung von Geschützen und anderem Material zu führen. Er erwirbt sich dabei eine ganz lebhafte Kenntnis des Auslandes und macht die nähere Bekanntschaft mit den führenden Staatsleuten aller wichtigeren Kulturstaaten.

Bei Ausbruch des Krieges hat er die Anwartschaft auf den Posten des Generaldirektors der Firma Krupp, also auf die angesehenste Stellung, die die deutsche Industrie zu vergeben hat. Die Fähigkeiten eines Mannes, der mit 35 Jahren aus eigener Kraft zu einer solchen Stellung gelangt, müssen wohl das übliche Maß weit übersteigen. Denn welche Bewährnisse man auch immer der deutschen Industrie machen mag, es wird man anerkennen müssen, daß sie es nicht vermag, tüchtige Kräfte an sich zu ziehen und zu halten. Als der Krieg ausbrach, hatte er schon seinen Austritt erklärt, gibt ihm seine Stellung die Möglichkeit, früher als andere die Zusammenhänge zu übersehen. Was er in jenen Tagen erlebte, hat er in einem Tagebuch niedergelegt, das er im vorigen Jahre veröffentlichte. Wenn uns heute auch die meisten Tatsachen, die in diesen Wäutern veröffentlicht sind, durch die Beteiligung der Mitleser bekannt geworden sind, so übertrifft es uns doch, wie schon in jenen ersten Tagen Müllers die Verhältnisse mit geradezu hellleuchtender Klarheit überblickte. Ein jeder, der Sinn für wahre Menschlichkeit hat, der macht, erheut und bekräftigt zugleich, die Wahrnehmung, daß es schon damals Menschen gab, die sich von dieser von Wut und Haß erfüllten Atmosphäre nicht anstecken ließen, sondern auch dem Geirer gerecht zu werden suchten. So schreibt er am 10. Nov. 1914:

„Wer an einem ganzen Volk nur sinnlose Bestien sieht, die ausbeutet, werden müssen, wer nur einseitige Auslese von Verbrechern des Gemeinen sammelt, aber alles ausschließt, was zu seinen Gunsten ist oder ihn entschuldigt, beobachtet selbst ein Verbrecher des Gemeinen, aber alles ausschließt, was zu seinen Gunsten ist oder ihn entschuldigt. Solche Ungerechtigkeit führt nicht den Freund, sondern den Gegner. Wer aber gegen sich selbst und seine eigenen Freunde hat, wenn ein Streit ausgebrochen ist, trägt zur Versöhnung bei und schwächt den Krieg.“

Diese Selbstkritik wurde allerdings nicht veröffentlicht. „Man ist bei uns enttäuscht von der „Nachhaft“ staatsmännischen Rede“, die der anlässlich des Krieges zurückgetretene Minister John Burns dieser Tage in London gehalten hat. Die Rede begründet in umfönder Weise, warum Burns es für eine Forderung des gegenwärtigen Kabinetts hält, die Neutralität Großlands aufzugeben zu haben. John Burns redet hier aber nicht, lasse ich außer Betracht, wenn ich frage, ob in Deutschland eine ähnliche Kritik an den deutschen Entschlüssen in großer öffentlicher Versammlung oder in der Presse zugelassen würde. Gewiß nicht. Aber daran scheint keiner der deutschen Bevönderer des Herrn Burns zu denken. Wirklich großartig er trifft den Nagel auf den Kopf.“ sagt man und weiter nichts. Für mich ist es ein wahres Unglück, in meinem Denken in den wichtigsten und geringfügigsten Punkten so abzuweichen von meinen Landsleuten. Ich bin ein Fremder innerhalb und außerhalb der Landesgrenze.“

Aus dem Buch Wnt immer wieder der Satz: der Entschlößung gegen die Vergiftung unserer öffentlichen Meinung, gegen Ruß und Trug und Verleumdung. Das Tagebuch ist nur bis zum 14. 11. durchgeführt und schließt mit der folgenden Ausföhrung:

„Dieser Tage höre ich einen der verträglichsten Deutschen zu meinem Erhauen mir bekennen, wir hätten den Krieg gewollt, es sei uns leicht gemacht worden, ihn zu vermeiden. Wien und Petersburg seien ja schon einig gewesen. Aber wir hätten uns verweigert, weil wir Frankreich nicht innerhalb zweier Monate hinein bekamen. Soviel Weisheit veranlaßt mich zu der Frage, ja, ganz gewiß auch meine Ueberzeugung, aber seit wann denken Sie so? Worauf er unerschrocken sich lächelnd sagte: So etwas sagt man eben nicht, bevor es Zeit ist, und keinesfalls jemals dem Publikum!“

Daß ein Mensch mit solchen Anschauungen seine Kräfte nicht weihen in den Dienst der von ihm durchschauten und deshalb verabschiedeten Kriegesregierung stellen konnte, verblüfft sich von selbst. Als der Krieg ausbrach, verkehrte der Verfasser (des Tagebuchs) seine Anstrengungen, sich von seinem verblöhten

Berufe zu befreien.“ Nur einmal stellte er sich noch zur Verfügung, als es galt, Rumänien zur Ueberlassung von Getreide zu veranlassen. Bei den damals erfolgreich geföhrten Verhandlungen machte er jedoch erneut solche schlimme Erfahrungen mit dem Vorgehen unjurer Diplomatie im Auslande, daß er sich nunmehr dauernd zurückzog und in die Schweiz überfiedelte. Hier betrachtete er es als seine Aufgabe, die Fäden zwischen einem Verööhnungsstreben zugänglichen Führern der Mittelmächte und der Entente zu knüpfen. Nach seiner Ueberzeugung war dieser Verööhnungsstrebe nicht anders zu erreichen, als dadurch, daß die Mittelmächte des Krieges brauchen durchns nichts würdeloses zu sein. Wer Muehlen kennt, weiß, daß er einer würdelosen Handlung nicht schüch ist. Das, was ihn und diejenigen, die seiner Ansicht sind, von den Politikern alten Schlages trennt, ist die Ueberzeugung, daß auch in der Politik sittliche Mächte herrschen müssen, und daß wir im Privatleben, auch im Wöherleben klugen kurze Weile haben. Nur aus einem neuen Geist heraus, dem Geist der Weisheit und der Menschlichkeit, kann ein Wöherbund erwachen, der die Wiederkehr so furchtbarer Ereignisse, wie die, die wir schauernd miterlebten, verhindert. Es bringt uns nicht weiter, wenn wir alle Erörterungen der einenen Schuld damit ablehnen, daß der Gegner ja auch schuldig ist. Gewiß ist er das auch, aber ein jeder kehre vor seiner eigenen Tür. Wir finden auch bei uns gerade genug Schmutz vor. Selbstverständlich erwartet kein Vernünftiger, daß wir als reuige Sünder immer wieder über unsere Schuld jammeren. Wenn wir wirklich ernstlich davon überzeugt sind, daß es anders werden muß, dann genügt es, wenn wir das offen aussprechen, vor allem aber an die Arbeit gehen, um Besserung zu schaffen. Die heile und edelste Kritik der Vergangenheit und das würdevolle Schuldenerkenntnis würde darin liegen, daß alle Deutschen einmütig zusammenstehen, um ein anderes besseres Deutschland zu schaffen, als das, das Arden und Revolution zertrümmerte. Muehlen ist der festen Überzeugung, von denen zu hoffen, daß er als Beamter auf den Trümmern des alten einen neuen und besseren Bau errichten wird. Möge es ihm an Mitarbeitern nicht fehlen.

Eine Lebensmittelnote an die Milierken.

W. Berlin, 26. Febr. Mit Rücksicht auf die außerordentliche Ferknot in Deutschland und dem Mangel für Kinder und Mütter hat die deutsche Regierung die alliierten und assoziierten Regierungen in einer Note vom 25. 2. dringend gebeten, ihre Zustimmung dazu zu geben, daß die in den Abmachungen über das Lebensmittelformen in Spa vom 8. 2. und in Trer vom 16. 2. vorgesehene unverzüglich Lieferung von 30000 Tannen Schweinefleisch und Fett sowie von 250000 Kisten kondensierter Milch sofort zur Ausführung gelangt, ohne den Abschluß des Schiffahrtsabkommens abzuwarten. Die deutsche Regierung betont in der Note besonders, daß die Zahlungen, die für diese Lebensmittel bereits vereinbart waren, schon in nächster Zeit fällig seien und weist darauf hin, daß für die in Betracht kommende Ware ein neuemswertiger Schiffstransport nicht in Frage komme, da ihr mitgeteilt worden sei, daß die betreffenden Lebensmittel zum überwiegenden Teil in Rotterdam lagern. Inzwischen der in eifrigerem Maße zunehmenden Sterblichkeit der Kinder hat die deutsche Regierung die Milierken ferner erwidert, die Zufuhr von Lebensmitteln zu gestalten und die Verköpfung nach Deutschland schnellstens in die Wege leiten zu wollen.

Bolschewistische Strömungen in Frankreich?

Der „Dondaris“ will melden können, in Paris seien bolschewistische Strömungen von bedeutender Stärke zu bemerken. Unter den Arbeitern werde lebhaft ein Kommunismus nach russischem Vorbilde gepredigt. Die Regierung habe eine durchgreifende Gegenaktion angeordnet. Eine Anzahl von Hausdurchsuchungen und Verhaftungen seien bereits erfolgt. Für die Verhütung der antibolschewistischen Maßnahmen sei der bekannte Militärstaatsanwalt Kapitän Vougarbon ausgerufen.

Bern, 27. Febr. Wie der „Temp“ aus Dänkirchen meldet, sind dort drei Delegierte des bolschewistischen Roten Kreuzes eingetroffen. Die Weiterreise nach Paris wurde ihnen verweigert. 1 1/2 Millionen Rubel, die sie bei sich führten, mußten in der Bank von Frankreich deponiert werden.

Protest gegen die französische Anwesenheit.

W. Berlin, 26. Febr. In einer Kundgebung der Arbeitergemeinschaft der Industrieellen und gewerblichen Arbeiter der Rheinlande und Westfalen wurde ein Protest gegen die Anwesenheit der französischen Besatzungstruppen in den Rheinlanden beschlossen. Die Besatzungstruppen seien als Fremde in einem fremden Lande zu betrachten. Die Besatzungstruppen seien als Fremde in einem fremden Lande zu betrachten. Die Besatzungstruppen seien als Fremde in einem fremden Lande zu betrachten.

Gegenstand der Verhandlungen wegen ihrer Zugehörigkeit zu Deutschland oder einem anderen Lande sein, denn seit Beginn der deutschen Besatzung seien sie rein deutsch und auch nach ihrer Entwicklung, ihrer Kultur und ihrer Bevölkerung. Gegen jede Vergewaltigung dieser Gebiete würde sich ein Schrei der Empörung erheben und sie würde den Keim zu neuen Entwicklungen in sich tragen. Ueber die Zugehörigkeit Elsas-Lothringens müßte die dortige Bevölkerung auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes selbst entscheiden.

Waffenstillstandskommission.

W. Berlin, 26. Febr. Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission in Spa vom 24. Februar 1919. Der französische Vorsitzende bemängelte die langsame Ablieferung des landwirtschaftlichen Materials durch Deutschland. Der deutsche Vorsitzende erwiderte, die Verzögerung sei in erster Linie auf das verspätete Eintreffen der französischen Listen über die einzelnen Arten der abzuliefernden landwirtschaftlichen Maschinen zurückzuführen und auf die Transportschwierigkeiten, die sich aus dem Mangel an Lokomotiven ergeben. In einer der früheren Sitzungen hatte die französische Kommission dem deutschen Kriegsminister vorgeworfen, die von ihm gemachten Angaben über die Zahl der alliierten Kriegsgefangenen in Deutschland seien nicht glaubwürdig, weil eine größere Anzahl allierter Gefangener aus Deutschland zurückgeführt sei, als in den Listen des deutschen Kriegsministeriums aufgeführt war. General v. Hammerstein überreichte in der heutigen Sitzung die Antwortnote, welche zunächst den Zahlenunterschied klarstellt. In der Note wird sodann darauf hingewiesen, daß sich aus Berechnungen der bis jetzt gemeldeten, in französischer Gefangenschaft befindlichen Deutschen mit der mitgeteilten Gesamtsumme der gefangenen deutschen Krieger ergebe, daß 10000 deutsche Kriegsgefangene nicht gemeldet wurden. Die französische Regierung werde daher ersucht, die Meldung dieser Gefangenen nachzuholen. Der französische Vorsitzende bemerkte zu der deutschen Note, im Kriege sei es wohl eine ausgezeichnete Tatkraft, zum Zwecke der Verteidigung zum Angriff überzugehen. In der gegenwärtigen Lage sei dies jedoch nicht angebracht. Der deutsche Vorsitzende entgegnete mit Schärfe und Bestimmtheit, es behalte sich vor, im Zusammenhang mit der Kriegsgefangenenfrage diejenigen Bemerkungen zu machen, die er für richtig halte.

Die Berliner Gemeindevahlen.

Berlin, 25. Febr. (Priv. Tel.) Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung — es fehlen nur noch 10 von insgesamt 831 Bezirken, deren Ziffern an der Verteilung der Mandate kaum mehr etwas ändern dürften — wird sich das Berliner Stadtparlament wie folgt zusammensetzen:

- Mehrheitssozialisten (249 003) 46 Sitze,
- Unabhängige (260 078) 48 Sitze,
- Verbundene Liste (162 362) 30 Sitze,
- Demokraten (118 653) 20 Sitze,
- Deutsch-nationale Volkspartei (82 211) 16 Sitze,
- Christliche Volkspartei (44 331) 8 Sitze,
- Deutsche Volkspartei (35 820) 6 Sitze.

Bei der Deutsch-demokratischen Partei betrug der Rückgang der Stimmen etwa 33, bei den Mehrheitssozialisten 40 Prozent. Vor allem waren es die Frauen, die für die Gemeindevahlen das geringste Interesse zeigten und selbst den beherrschendsten Schleppe Widerstand leisteten. Die tieferen Ursachen für diesen unerwarteten Ausgang der Gemeindevahlen sieht der „Vorwärts“ darin, daß das bisherige Privilegienwahlrecht das Interesse der städtischen Bevölkerung an den Gemeindevahlen herabsetzte. Die Sozialdemokratische Partei sei es geblieben, daß ihr Organisationsführer durch den plötzlichen starken Uebergang seiner Leiter in die öffentliche Verwaltung entkräftet worden sei. Die Unabhängigen hätten es in dieser Beziehung viel besser gehabt und darauf sei wohl in der Hauptsache ihr geringerer Stimmenrückgang zurückzuführen.

Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen werden zusammen über eine Zweidrittel-Mehrheit in der Berliner Stadtverordnetenversammlung verfügen. Außer Berlin sind von den Großberliner Stadtgemeinden Neudöln und Lichtenberg mit einer sozialistischen Mehrheit aus den Gemeindevahlen hervorgegangen. Dagegen sind in einer Reihe westlicher Vororte die bürgerlichen Fraktionen in der Mehrheit geblieben. In Charlottenburg beträgt die Mehrheit 6, in Wilmersdorf 14, Steglitz 14, Lichterfelde 12, in Zehlendorf 6, in Grunewald 5 Sitze.

Spartakus.

Düsseldorf, 26. Febr. Eine gestern abgehaltene Versammlung befaßte sich mit der Frage der Fortsetzung des allgemeinen Ausstandes und der Bezahlung der Löhne für die Ausständigen. Die Versammlung beschloß schließlich, daß der Ausstand bei Auszahlung für die Ausständigen abgebrochen werden soll. In einer Entschlößung wurde von der Regierung Herausgabe der Gefangenen aus den letzten Kämpfen und sofortige Zurückziehung der Regierungstruppen aus dem Industriegebiet gefordert und betont, daß für jeden von den Truppen erschossenen Gefangenen zehn Vertreter der Industrie ihr Leben lassen müßten. Bei den Werken wurde die Arbeit heute zum Teil schon wieder aufgenommen.

Attentat auf Wilson?

Nach einer Meldung des „Berl. Tagbl.“ aus dem Haag meldet das „Holländische Neue Bureau“ aus Washington, daß auf den Präsidenten Wilson von einem Anarchisten namens Nergosky ein Anschlag verübt wurde. Nergosky wurde bei dem Versuche, in die Wohnräume des Präsidenten im Palasthotel in Boston zu dringen auf der Treppe überfallen und nach heftigem Kampfe überwältigt. Er trug einen Revolver bei sich und erklärte, daß er versuchen wolle, den Präsidenten zu töten. Eine Bestätigung der Meldung liegt noch nicht vor.

*) Wilhelm Muehlen, „Die Verheerung Europas“, Zürich 1918.

Unsere Lebensmittellage.

Aus Weimar wird uns geschrieben:
Das Getreidebesitz von 1919 beträgt 2 Millionen Tonnen. Wir hätten mit der heimischen Produktion in diesem Jahre in seinem Maße ausgereicht, aber die Unmöglichkeit wurde noch vergrößert durch den Verlust des größten Teiles von Polen, das den neunten Teil des gesamten Getreidebedarfes Deutschlands liefert. Die Vorräte der Reichsgetreideanstalt sind im Augenblick reichlich und die Eingänge nicht ungenügend. Aber Ende Mai, günstigstenfalls Mitte Juni, sind wir mit unseren Vorräten endgültig am Ende, wenn wir nicht vom Ausland Getreide hereinbekommen. Die Nahrungsmittelproduktion ist im Augenblick nicht gering; es sind auch noch erhebliche Bestände vorhanden. Aber wir werden sie notwendig gebrauchen, um den Ausfall an Kartoffeln in den nächsten Monaten zu ersetzen. Bedeutend Tonnen Hülsenfrüchte sind seit der letzten Ernte ausgeteilt worden. Weitere 10.000 Tonnen werden noch zur Verteilung kommen. Gegenüber der Bevölkerungszahl ist das alles sehr wenig.

Die Viehhaltung war wegen der Futtermittelnot in den letzten Wochen recht günstig. Sobald auch nur die erste Weidewirtschaft sich eröffnet, werden die Landwirte sich mit allen Mitteln gegen die weitere Ablieferung von Vieh zur Wehr setzen. Denn sie brauchen, was noch vorhanden ist, dringend zur Nahrung und zur Arbeit. Sollte es gelingen, Fleisch einzuführen, so wird dies nicht außerhalb der Nationen zur Verteilung gelangen können, sondern dazu dienen müssen, die dortgehenden Viehbestände zu vergrößern. Der Mangel an Vieh führt her von dem verringerten Viehbestand, der Futtermittelnot und dem schwer zu bekämpfenden Schleichhandel. Die Milchproduktion ist beängstigend schlecht, am schlechtesten in Rheinland und Westfalen.

Auch bei der Kartoffelproduktion wird der Ausfall besonders empfindlich. Wir brauchen für die südliche Bevölkerung 117 Millionen Zentner. Davon sind 70 Millionen Zentner angeliefert und 22 Millionen Zentner werden noch einzuholen. Der Rest von 24-25 Millionen Zentner ist als den Restbetrag dar; es fehlen uns die Kartoffeln für etwa 10 Wochen. Mitte Mai werden wir mit unseren Kartoffelvorräten ungefähr zu Ende sein. Eine nicht unwesentliche Menge Kartoffeln ist verrotten worden, während die Brennindustrie so stark wie möglich eingeschränkt wurde.

Die Gemüsehauwirtschaft hat um 113% zugenommen. Aber durch die ungünstigen Transportverhältnisse ist viel verdorben. Kürbisse und Kohlgemüse wird in großen Mengen zur Verfügung stehen und die wichtigste Ursache der Mangel ist die Zuerwerbungsverhältnisse, hauptsächlich ebenfalls infolge der Transportverhältnisse und des Kohlemangels, ganz ungenügend die Zuerwerbungsverhältnisse. Die wilden Sozialisierungspläne und die Eigenmächtigkeiten der Arbeiter großen Schaden. Auch hat der Lauchhandel, den einzelne A- und S-Mitglieder einmündig eingeleitet haben, die Zuerwerbungsverhältnisse durch das Reich vollständig durchbrochen.

Den Dünge- und Düngemitteln fehlen Kohle und Kalk. Die Verlegenheiten sind durch die Arbeiterunruhen in den Braunkohlengruben sehr erhöht worden. Der Verlust des linksrheinischen Gebietes bedeutet den Wegfall von 50% des Düngemittels, das uns früher zur Verfügung stand.

Wohin das Vieh zu den, brauchen wir bis zur neuen Ernte eine Einfuhr von 3 1/2 Millionen Tonnen Getreide, einer Million Tonnen Fleisch und einer Million Tonnen Fett. Die zum Ankauf dieser Lebensmittel notwendigen 5 Milliarden Mark können wir nicht aufbringen, wenn wir nicht die fremden Werte in Deutschland vollständig erfassen und Auszubehälter in erheblichem Umfange produzieren. Was auf diesen Gebieten veräußert wird, muß unmittelbar den Hunger nach sich ziehen.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 26. Febr. Die dem „Berliner Volksanzeiger“ aus München berichtet wird, sind die Schläfer des Grafen Arco-Verberg und Arco-Verberg in Oberbayern fest worden.
Wien, 26. Febr. Spaner Wästen zufolge nimmt die Grippe-Epidemie zu. In Paris werden durchschnittlich 240 Grippekranken in die Krankenhäuser täglich eingeliefert.

Das verlassene Dorf.

Roman aus dem 30jährigen Kriege von Friedrich Thieme.
(Nachdruck verboten.)

Weder wurden hier Minuten zu ewigen. Es dauerte geraume Zeit, bis der Wolf sich näherte, so daß sie bereits hoffen, er werde sich zurückziehen. Aber er tat es nicht. Nach einiger Zeit vernahm sie das Rauschen des Strauchwerks, hörte sie das leise Geräusch seiner Tritte. Jetzt berührte die kalte, schlüpfrige Nase ihre Hand. Alle Kraft mußte sie zusammenreißen, nicht aufzuwachen und davonzulaufen, aber sie mußte, es würde ihr nicht helfen. So zwang sie sich zur Erhebung einer totenähnlichen Stille. Weder zauderte das Tier — die Wärme der Hand machte ihn wohlmutig. Und wieder tappte er näher heran, kein rauher Kopf streifte an ihrem Gewande hin. Wie aber im nächsten Augenblicke die fleckige Schnauze des Raubtiers ihr Sinn berührte, hielt sie sich das verlassene Mädchen nicht länger, ihr lautes Angstgeschrei hallte durch die Stille der Nacht. Erdröckeln fuhr der Wolf zurück, soweit, daß er mit seinen Hinterbeinen den dünnen Blätterdick aussonderte drängte. Da jögerte er von neuem — er schien nicht Lust zu spüren, die sichere Beute aufzugeben. Wer weiß, welches Ende der Anstalt genommen haben würde, wenn nicht ein paar Schüsse, die auf der Landstraße fielen, die Kräfte entschieden hätten. Sobald er das Knattern der gefährdeten Feuerwaffen vernahm, gab Meister Siegmund Ferne, obgleich die Schüsse nicht ihm geöhlet hatten, sondern zufällig als Signale von Soldaten abgelesen worden waren. Es waren weder die ersten, noch die letzten in dieser Nacht.

Margarete war von dem Tiere befreit, doch trat jetzt eine andere Furcht an die Stelle der eben erlebigen. Wenn man ihr Geschrei gehört hatte, was dann? Sie lauschte, doch nirgend ein Fußtritt, ein Geräusch, außer auf der nicht weit entfernten Straße. Immerhin war es besser, den Ort zu verlassen. Tabakbecken konnte sie nicht, sie hätte verhungern müssen. Sie mußte die Dunkelheit der Nacht benutzen, zwischen sich und die Gefahr eine weitere Strecke zu legen und ein Obdach zu suchen, das ihr zugleich die Aussicht auf die Erhaltung ihres Lebens gewährte.

München, 26. Febr. Über den Zustand des schwerverletzten Ministers Auer wird mitgeteilt, daß sich sein Zustand in der letzten Nacht wieder verschlimmerte und daß mit seinem Ableben gerechnet werden muß.

Amsterdam, 26. Febr. Das Neuterische Büro meldet aus Washington, daß Präsident Wilson die Gesetzesvorlage, durch die den Kriegsgewinnern eine Steuer von sechs Milliarden auferlegt wird, unterzeichnet habe.

Amsterdam, 26. Febr. „Daily Express“ erklärt, daß das Rumorenamt beschloffen habe, alle Deutschen ohne Ausnahme aus dem Lande zu verweisen, sobald sie aus den Internierungslagern entlassen würden. Kein deutscher Auer werde in England bleiben dürfen.

Bern, 26. Febr. Die „Prozeg der Non“ aus Brüssel meldet, ist der erste Sonderzug mit aus Brüssel abgehenden Unternehmern der Mittelmächte am Montag ohne Zwischenfall abgegangen.

London, 26. Febr. Das Neuterische Büro erzählt, daß die Vorbereitungen für die Exportierung aller in China befindlichen Deutschen mit Ausnahme einiger Missionare beendet sind. Es wurden vier Schiffe gechartert, die zusammen 2500 Deutsche nach Rotterdam bringen sollen.

Der Beamte im Obrigkeitstaat und im Volksstaat.

Selbst vorgeschrittene und fortgeschrittene (nicht im Parteisinn, sondern allgemein fortgeschrittene) geistige Beamten begehen man tagtäglich, die mit allerlei Bedenken gegen die Sozialdemokratie angefüllt sind. Sie, die wirklich reif wären, leiden noch immer an der bürgerlichen Denkweise, mit der sie politisch eingepöppelt sind. Es ist eine verächtliche Aufgabe, alle diese Einwände und Bedenken einer Bekämpfung zu unterziehen. Drei Gruppen lassen sich hier leicht herausarbeiten: einmal die Bedenken wegen der rechtlichen und wirtschaftlichen Stellung der Beamten im sozialistischen Volksstaat, zum zweiten Bedenken allgemein politischer Natur wie z. B. betr. der Sozialisierungs- und Internationalisierungsbestrebungen im Volksstaat, wie wir Sozialdemokraten ihn idealen wollen und zum dritten die, die sich um die Erziehung und die Religion drehen bzw. um die Lösung dieser Probleme in dem auf Sozialismus aufbauenden Volksstaat.

Zu den ersten Bedenken ist zu äußern: Negliche Angst der Beamten wegen ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Stellung im Volksstaat ist ein Unfuss. Es ist kein einwandfreier Schatzzug der Gegner des Sozialismus, den ungenügend orientierten Beamten weis zu machen; wenn im neuen Volksstaat das Erfurter Programm Norm wird, so sind die Rechte und Gehälter der Beamten gefährdet, denn es verlangt die Wählbarkeit der Beamten als Grundforderung. Vergewisserten sich die also Bedenken, ob diese Behauptung den Tatsachen entspricht, so würden sie vergeblich eine Forderung mit der vorgezeichneten Tendenz finden. In Wirklichkeit ist die Aufstellung solcher Behauptung eine große Täuschung. Die bürgerlichen Sozialisten haben den Programmjäh, der Wahl der Beamten durch das Volk und deren Haftbarmachung festgesetzt, umgesehen in einen, der Wahl der Beamten verlangt. Sie haben eben darauf, die Opfer ihrer Spiegelfarerei haben weder Zeit noch Gelegenheit, der Wahrheit nachzugehen. Es ist überhaupt eine ganz gebrauchte Kampfweise der Bürgerlichen, mit Umänderungen zu operieren, um Negliche Topfische zu machen; da wird so lange getrickelt und gedreht, bis gerade das Gegenteil herauskommt von dem, was die Sozialdemokratie in Wirklichkeit verlangt. Ist die Bourgeoisie schon so trüffellos, Begriffe, die der Geist der Zeiten wie mit starkem Meißel herausgearbeitet hat, ungeschwunden in solche, die in ihr Übergabe hineinpassen, so fällt es ihnen noch leichter, daselbe da zu tun, wo vielleicht die Ausdrucksweise nicht so stark gemeint, weniger glücklich ist. Als Beispiel dient eine Schrift Bruno Schönlanks, die an unpassender Ausdrucksweise krankt, mit welcher nun die Gegner der Sozialdemokratie und des Volksstaates bei den Beamten treiben gehen. Nun war Schönlank gerade in Beamtenfragen eine Autorität und es wäre eine Kleinigkeit, nachzuweisen, welches die eigentliche Ansicht dieses Mannes in Beamtenfragen war. Man darf nur seine Reden über Beamtenfragen im Reichstag nachlesen, besonders die vom 9. Februar 1894 und die vom 11. März 1895, um zu erfahren, wie er sich zu den Beamten stellt.

Das Erfurter Programm also fordert nicht Wahl der Beamten, sondern Wahl der Behörden und es heißt gerade den Wünschen der Beamten Genüge. Vor mir liegt ein Aufruf, der unterzeichnet ist von einer großen Anzahl bürgerlich gesinnter Lehrer, die sich zu einer großen freien Arbeitgemeinschaft zusammengeschlossen haben. Diese bürgerlichen Herren haben in lapidarer Form die Forderung aufgestellt: Wahl aller Aufsichtsbekannt, ferner Wahl der Ministerialräte im Unterrichtsministerium durch alle Volksschullehrer des Landes aus ihrer Mitte. Sie stellen diese Forderung (neben andern) auf Grund der Eigengeheiligkeit des Schulwesens und haben damit Recht. Was aber die Lehrer mit Recht verlangen können, warum sollens die übrig n Beamten, freiwillig aus andrer Erwägung heraus, nicht auch können? Ist die Wählbarkeit

der Behörden denn so etwas Entschicktes, daß man das Volk damit grausig machen muß? Denn dahinaus läuft doch schließlich die ganze Fälschermaschinerie. In der Praxis hat man ja schon die Wählbarkeit der Behörden, wenn auch nur auf engbegrenztem, freilich sehr wichtigem Gebiet. Wir können in ganz Deutschland die Gemeindebehörden nur durch Wahl bekommen. Es wählen in Baden die evangelischen Geistlichen ihre nächsten Vorgesetzten, die Dekane, auch heute schon selbst, und sein Mensch hat sich nicht in Obmacht od. soidem neuzeitlichen Beginn. Da da so war aber die Wählbarkeit der Gemeindeführer in verschiedenen Beamtenstufen mit dem Bestätigungrecht der Regierungen verbunden. Damit konnten politisch Unangenehme durch Verjagung der Bestätigung wieder ausgeschaltet werden. Es ist echt bürgerlich, das, was man mit der einen Hand gibt, mit der andern wieder weggeschlittert. Die Praxis hat ja im Vorkriegsjahre, hat herrliche Beispiele dieser bürgerlichen Tapferkeit in Masse mitteilen können. Im sozialdemokratischen Programm ist als Ergänzung zum Wahlrecht der Behörden die Bestätigung des Bestätigungsbekannt als Forderung aufgestellt. Die höhere Behörde hat im Volksstaat den Bestätigung einmündig ad notam zu nehmen. So ist es zu halten mit der Wahl der Gemeinde-, Bezirks-, Land- und Kreisbehörden und mit den Aufsichtsbekannt der Beamtengruppen.

Ein weiteres Argument, um die Beamten mit der Angst vor der Sozialdemokratie zu infizieren, ist die Lüge — anders formuliert nicht nennen —, die Sozialdemokratie fordere die Aufhebung der Unwiderruflichkeit der Beamten und das Kündigungrecht des Staats. Tatsache ist und die Ereignisse beweisen es, daß gerade das Gegenteil der Fall ist. Eben Schönlank, von dem wir oben sprachen, hat in seinen Reden gezeigt, daß er dieses Kündigungsgesetz, dem ein großer Teil der Beamten ausgesetzt war (und noch ist) aufs äußerste bekämpfte. In den oben angeführten Reichstagsreden waren es die Sozialisten, der er sich annahm. Kamals fanden etwa 40% feilangestellten Beamten 80% gegen Tagelöhner vertrieben „Beamte“ gegenüber. Schönlank behauptete dieses Verhältnis und forderte, daß aus diesen „Tagelöhner“ wirkliche Beamte gemacht würden. Er ist nicht der einzige Sozialdemokrat, der von der Rednertribüne im Reichstag od. r. der Landtage eine ausgiebige Erhöhung der Gehälter der mittleren und niederen Beamten als nötig hinstellte, im Gegensatz zu den bürgerlichen Abgeordneten, die nach lauter Weisheit und über die Ausgleichung der Spannung zwischen Beamtenbildung und Lebensumstand so häufig geäußert, daß die Beamten latädisch fortwährend zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel hatten. Stets waren es nur sozialdemokratische Abgeordnete, die entgegen der Bürgerlichen im Interesse der kleineren Beamten für ausdehnenden Erholungsurlaub plaidierten. Waren sie nicht gewesen, die Beamten hätten heute noch darauf warten. Das sozialistische Bürgerturner sieht nur darauf, jenen Anteil zu füllen, ohne genügenden Entgelt für die Ausübung der Funktionen zu bieten. Oft genug haben die Beamten in jenen und hören müssen, daß die Sozialdemokratie die alteingesessene Partei war, die ihre Wünsche vollständig und im weitestgehenden Maße unterstützte. Sie mußten aus dem Neben ihrer Fraktionsmitglieder entnehmen, daß die Bedenken gegen die Sozialdemokratie in bezug auf geistliche Stellung der Beamten ungerichtet sind. Und trotzdem taucht stets und ständig die Frage als Angstprodukt auf: Ja, werden auch im Volksstaate die Beamten, wenn die Sozialdemokratie am Ruder ist, in so geistlicher Stellung bleiben wie bisher, oder wird sie nicht ohne weiteres die Beamten auf die Straße setzen, nachdem sie sie aus dem Amt entfernt hat? Daß solche Fragen noch immer aufstehen, beweist, daß die Beamtenerschaft in ihrer Masse vollständig unangehörig über die Partei ist oder aber, daß sie von den bürgerlichen Parteien falsch belehrt ist und gedankenlos aufnimmt, was ihr vorgelegt wird. Solchen Beamten muß man immer und immer wieder klar machen, daß die Sozialdemokratie noch niemals Grund dazu gegeben hat, vermuten zu lassen, sie werde die geistliche Stellung der Beamten in Frage stellen. Sie ist noch immer dafür eingetreten, daß ein Beamter nicht anders als durch einen geordneten Disziplinierungsverfahren aus dem Amt entfernt werden darf. Es ist kein Grund vorhanden, daß sie, sollte sie im Volksstaat das ausfallende Moment sein, ihren bisher eingemommenen Standpunkt ändern sollte. Eher und ganz geben den Beamten auch dasin gehende Versicherungen. Durchweg sind ja auch nach der Revolution die Beamten unter Aufrechterhaltung ihrer Stellungen in ihren Ämtern geblieben. Es kann füglich behauptet werden, daß, wenn eine spätere Gesetzgebung die Veränderungen eintreten ließe, diese Veränderung, wird sie von der Sozialdemokratie inauguriert, für die Beamten eine Verbesserung ihrer rechtlichen Lage bedeutet. Die Sozialdemokratie verlangt, daß die Beamtenstellen nur von Leuten verrieben werden, die für ihren Beruf vorberichtet sind; schon diese Erwägung bedingt die Befähigung des bürgerlichen Berufs auch im Volksstaat sozialistischer Oberzogen. Zum mindesten wird sich die günstigere Lage darin äußern, daß durch die Sozialdemokratie ein härteres, freies Koalitionsgesetz erlassen wird, dessen Anwendung den Beamten zur Abstellung all der Mängel verhelfen wird, und deren Druck sie im Arbeitslohnstand andauernd gequält und deren Abstellung die bürgerlichen Parteien aus leicht ersichtlichen Gründen fortwährend hintertreiben hatten.

hatte sie menschliche Gestalten in der Ferne erblickt, furchsam wich sie ihren aus. Gebenio furchsam und leise näherte sie sich den Gebäuden.

Sie hatte sich nicht geirrt, es war eine Mühle. Das Mühlrad erhob sich vor ihr im Mondlicht, aber es flapperte nicht und drehte sich nicht. Sie erkannte deutlich, daß es nur Überreste waren, die sie sah, nur noch zwei oder drei Speichen bildeten das Ganze notwendig zusammen. Gewiß hatte der Müller seit vielen Jahren seine Aufgabe eingestellt. Wer hatte auch Mühle zu mahlen in einer Gegend, in der seit Jahren kindliche oder freundliche Heere — es machte keinen Unterschied in der Behandlung — die unbefriedigten Herrschaft auslöteten?

Margarete senkte betäubt den Kopf. Das waren keine guten Ausblicken für sie. Aber Soldaten und es wenigstens hier nicht, das lehrte der erste Anblick. Sie ging weiter bis zum Tore oder vielmehr bis zur Öffnung, welche einst das Tor enthalten hatte. Nichts mehr, da freies Zutritt, weder Schranke, noch Hund; der große Mühlhof lag stumm und tot vor ihr. Einen Augenblick kam es wie ein Schauer über sie, aber die Not befleht auch die stärkste Furcht. Sie trat ein, klopfte an eines der Fenster. Daß um diese Zeit kein Licht im Hause brannte und keinerlei Geier den Hof besetzte, war ja erklärlich.

Sie klopfte nochmals stärker — kein Zeichen von Leben als Antwort.

(Fortsetzung folgt)

Einige neue Bücher u. Zeitschriften.

(Alle hier vorgestellten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Dr. Felix Feldmann, Was Du vom Sozialismus wissen mußt! Bremen 1919, Kommunistischer Verlag von Anders u. Wulf, Leipzig, Preis 30 A. — Eine kurze Orientierung nennt der Verfasser diese anleitende Darstellung über die Grundprobleme des Sozialismus, die für Bürger und Arbeiter als erste Einführung gleich wertvoll erscheint.

Heiner Reinrich, „Von Rechte, das mit uns geboren ist“. Das Recht auf Existenz — Das freie Volk — Das Selbstbestimmungsrecht. Leipzig 1919, Kommunistischer Verlag J. G. Richter, 40 S., 1.50 M.

Baden.

Die Regelung der Patronatsfrage in Baden.

Der Verfassungsausschuss der bad. Nationalversammlung beschäftigt sich in der letzten Sitzung der ersten Lesung des Verfassungsentwurfes noch einmal mit der Patronatsfrage. Von demokratischer Seite war hierzu ein Antrag eingebracht worden, dahingehend, daß alle Patronate aufgehoben sind. Demgegenüber wurde von den anderen Fraktionen betont, daß die ständes- und grundherrlichen Patronate präventive Ansprüche sind, in die die Verfassung nicht ohne weiteres eingreifen kann. Man könnte wohl die landesherrlichen Patronate aufheben, im übrigen sei aber die Regelung der Patronatsfrage eine unauflösbare Angelegenheit. Außerdem liegen von der katholischen und evangelischen Kirche Klagen vor, wonach diese eine staatliche Aufhebung der privaten Patronate als unbilligen Eingriff in ihr innerkirchliches Recht anerkennen müßten. Mit 16 gegen 5 Stimmen wurde sodann nach längerer Aussprache die Patronatsfrage wie folgt entschieden: „Die landesherrlichen Patronate werden aufgehoben. Die kirchlichen Patronate werden durch die Kirchen selbst berlassen.“ Damit war die erste Lesung der Verfassung beendet. Nächste Sitzung unbestimmt.

Von der Nationalversammlung. Wie wir hören, ist die für diese Woche in Aussicht genommene öffentliche Sitzung der bad. Nationalversammlung auf einen Tag der nächsten Woche verschoben worden. In dieser Sitzung wird auch vom Finanzminister in ausführlicher Rede ein umfassendes Bild unserer Finanzlage gegeben werden. — Durch die jüngsten Vorgänge veranlaßt, wird der Verfassungsausschuss die zweite Lesung des Verfassungsentwurfes sehr beschleunigen und die Fraktionen der einzelnen Parteien haben sich dazu geäußert, das Verfassungsprojekt in einer einzigen öffentlichen Sitzung zu verabschieden.

Belast der Kriegsbeschädigten im Ministerium. Auf Grund einer vom Reichsamt der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Gau Baden, dem Gesamtministerium überreichten Denkschrift hat dieses genehmigt, daß beim Ministerium des Innern zur Unterstützung bei den Kriegsbekämpfungsvorhaben ein Beirat aus vorläufig drei Mitgliedern des Gauausschusses Baden, des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer herangezogen wird. Dieser Beirat, der aus den Herren Delop, Gauvorsitzender, Eugen Eberle, Gauvertreter, und Dr. med. Karl Reinhold besteht, wird bei der bevorstehenden reichsgerichtlichen Regelung der Kriegsbeschädigtenfürsorge als beratende oder beratende Beiräte fungieren und etwaigen Streitigkeiten zwischen den Kriegsbeschädigten und dem Reichsamt der Kriegsbeschädigten für Baden mitwirken und bis zur Einführung des reichsgerichtlichen Beirats im Amt bleiben.

Ans der Beamtenschaft. Die bad. vorl. Volksregierung hat den Geh. Oberreg.-Rat Dr. Karl Schneider zum Landesamtsleiter für die Kreise Freiburg, Friburg und Murgtal ernannt und bestimmt, daß Geh. Hofr. Dr. Schneider seine Geschäfte im Ministerium für Ernährungsfragen so lange fortsetzt, bis die Gestaltung der Lebensmittelfürsorge die Übernahme seines neuen Amtes zuläßt. — Amtsvorkämpfer Dr. Albert Jung in Weisach wurde zum Vork. Rat im Ministerium des Innern ernannt.

Waggenau, 26. Febr. Zentrumspartei und Steuer- einnehmer arbeiten in unermüdlicher Eile daran, die Steuer- einnehmer zu einem freien Volkstaat Baden Leben, so daß es doch nicht so aufgeschoben werden, daß die Geldschäufelnden der Steuer- einnehmer auch als Militärschulden der Zentrumspartei ver- pfändet werden dürfen. Da das Zentrum bei der männlichen Be- wässerung wenig Anhang findet, so glaubt Herr Dege, der Vor- standsmann des neugegründeten Zentrumsvereins in, wogegen wir natürlich nichts einzuwenden haben, bei der Feuerzählenden Frauen keinen Fratz zu machen zu können. Hiergegen müssen wir ganz entschieden Verwahrung einlegen; wir verlangen, daß die Frauen beim Steuerzahlen in dieser Beziehung unbeeinträchtigt bleiben.

Durlach, 26. Febr. Am Samstag findet hier eine Land- versammlung der Arbeiter, Bauern, Volks- und Soldatenräte statt.

Kastell, 26. Febr. Zur Angelei kam ein heiliger Fische- weber, weil er das Fund Weibchen für 6 M und das Fund Weibchen für 7 M verkauft hatte.

Baden-Baden, 26. Febr. Die von Diphterie mehren sich wieder in unserer Stadt. Auch ein weiterer Todesfall ist in der Ger- nsbacher Straße konstatiert worden, in einigen Fällen besteht Wieder- erkrankung.

Heidelberg, 26. Febr. In Schriesheim sind einige Bodenfälle aufgetreten. Auch in Weinbach treten die schwarzen Matten auf. — Heidelberg, 26. Febr. Maximaltemperatur auf Eppelheim, der von einem Arbeitsgenossen angefallen wurde, weil er mit dessen Frau ein Liebesverhältnis hatte, ist seinen Verletzungen erlegen. — Ein 79 Jahre alter bewährter Privatmann hat sich in jener Wohnung in der Leinfeldenstraße durch Selbstmord verurteilt. — Einige Anaben füllten aus einem Militärfeldzeug in eine Wasserbüchse und gaben die Flüssigkeit an. Ein Knabe erlitt schwere Brandwunden im Gesicht.

Mannheim, 26. Febr. In einem Hause der Pfälzstraße wurde die 65jährige Ehefrau Elise Grunert ermordet. Die Wohnung wurde durchwühlt, Schmuckstücke und Wäsche wurde entwendet. Der Täter ist noch unbekannt.

Mannheim, 26. Febr. Die französischen Kontrollkommissionen haben die Häfen Mannheim, Rheinau und Karlsruhe geräumt. Der Grund dafür ist unbekannt, auch weiß man nicht, ob es nur vorüber- gehend oder dauernd sein wird.

Mannheim, 26. Febr. An der Rheinbrücke ereignete heute früh, dem „Mannheimer Tagblatt“ zufolge, ein Unfall, daß der Verkehr über die Brücke bis auf weiteres gesperrt sei. Zugleich wurde die Behebung des diesseitigen Brückensturzes um eine Kompagnie verstärkt. Was hinter diesen Maßnahmen steckt, ist vorläufig noch unklar.

GutsMuth, 26. Febr. Der Soldat Robert Friedrich aus Kollnau wurde, als er in das Haus des Müllers Ansoff eindringen wollte, von dem Sohn des letzteren, Karl Ansoff, erschossen.

Neustadt i. Sgh., 26. Febr. Hier ist der Riese Bischoff, der aus Ruffsch-Polen stammte und 230 Meter groß war, 46 Jahre alt gestorben. Bei Ausbruch des Krieges war er aus Stragburg, wo er gewohnt hatte, abgeholt worden. Neustadt war ihm als Aufenthaltsort zugewiesen.

Karte vom besetzten und neutralen Gebiet. Die Unklarheit im Verleht mit den vom Feinde besetzten Brückenlagern und den neutralen Zonen wird durch die auf Veranlassung des Ab- schmittkommandeurs 4 der neutralen Zone nach amtlichen Unter- lagen bearbeitete Karte in Ludwig Ravensweins Verlag Frankfurt a. M. beseht. Die Karte 1:300 000 umfaßt das Gebiet des gesamten südlichen Großherzogtums Baden. Der Brückenkopf steht und die neutralen Zonen sind durch besondere Farbe gekennzeichnet. Preis der Karte 3 M. Zu haben in allen Buchhandlungen und vom Verlag.

Freie Bahnfahrt für entlassene Angestellte. Während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung erhalten außer den arbeits- entlassenen Arbeitern, die von einem anderen Orte zugezogen sind, und die in den ersten fünf Tagen nach erfolgter Kündigung nach ihrem Heimatort zurückkehren, unter den gleichen Voraussetzungen auch entlassene Angestellte für ihre Person und gegebenenfalls auch für ihre Familie freie Beförderung in 4. Klasse bei Vorlage des polizeilichen Abmeldebescheides und einer Befreiung des Arbeit- gebeters über den Zeitpunkt der erfolgten Kündigung. Die freie

Abbeförderung der Angestellten erfolgt, wie die der Arbeiter, auf Grund von Fahrausweisen, die von den Ortspolizeistellen nach beiderem Muster ausgestellt werden. Vorzüge zu diesen Fahraus- weisen werden von der Eisenbahnverwaltung erstellt und auf Verlangen von Rechnungsbüro der Generaldirektion entweder un- mittelbar oder durch Vermittlung der Stationen an die Ortspolizei- stellen abgegeben.

Fahrerlaubnisbescheine. Im Bereich der preussisch-berlinischen Staatsbahnen dürfen Fahrer nach noch gegen Fahr erlaubnis- bescheine ausgetauscht werden. Diese Bescheine werden in der Regel von den Ortspolizeibehörden ausgestellt. In ganz dringenden Fällen sind die Vorbehalter der Fahrerlaubnisbescheine ermächtigt, von der Befreiung ausnahmsweise abzusehen und auch Fahrerlaubnis ohne solche ausgeben zu lassen. Bei Dienstreisen von Beamten genügen Ausweise der vorgelegten Behörde. Inhaber von Arbeiter- und Monatskarten sind von dem Dringlichkeitsmaßnahme befreit. Für den Bereich der badischen Staatsbahnen ist die Einführung von Fahrerlaubnisbescheinen nicht beabsichtigt. Auch Personen nach preussisch-berlinischen Stationen erhalten also auf badischen Stationen Fahrerlaubnisbescheine. Es ist empfohlen, vor dem Antritt der Reise die Fahrerlaubnis für die Rückreise mit vier- tägiger Gültigkeit zu lösen. Reisenden, die davon keinen Gebrauch machen können ist zur Vermeidung von Schwierigkeiten beim An- tritt der Rückreise oder der Witterreise auf einer preussisch-berlinischen Station zu empfehlen, sich mit irgend einem Nachweis über die Dringlichkeit ihrer Reise zu versehen. Als dringlich gelten in Preußen: 1. Reisen nach und von den Grenzstationen auf Anord- nung oder Einladung der Behörden. 2. Reisen auf Grund behördlicher Einladungen und Veranlassungen, Berufs- und geschäftliche Reisen, die im allgemeinen öffentlichen Interesse insbesondere der Demobilisierung, der Volksernährung und Brennstoffher- stellung liegen. 3. Zu sonstigen Geschäftszwecken ist die besondere Dringlichkeit zu bezeugen. 4. Bei Reisen aus dem Ausland ist die Dringlichkeit durch die Dringlichkeit nach der Todesfälle und idemere Erkrankung nächster Angehöriger (Eltern, Ehe- gatten, Geschwister, Kinder und Verlobte) anerkannt.

Soziale Rundschau

Larischluß im Möbeltransportgewerbe.

Nach Verhandlung mit der Gewerkschaft des Deutschen Transportarbeiterverbandes wurde mit sämtlichen Fahr- zeugen im Möbeltransportgewerbe ein Lohn- und Arbeits- tarif vereinbart, der zunächst die achtundzwanzig Arbeiter vor- sieht. Der Tageslohn ist auf 16 M. festgesetzt, Ueberstunden werden mit 250 M. bis 3. — M. bezahlt. Bei auswärtigen Unfällen wird für das Mittagessen 4 M. und mit Uebernach- tung 9 M. bei Fahrleistungen pro Stunde 3 M. bezahlt. Außerdem wurde die Bezahlung der Mitarbeiterorte einheit- lich geregelt und zwar für ein solches innerhalb der Stadt 16 M. und nach dem Vorort 22 M. für das Ein- oder Aus- packen 3 resp. 2 M. und für den Transport eines Stückes 20 bzw. 30 M. zu bezahlen. Des weiteren wurden besondere Vergütungen festgelegt, die sich auf andere Badenstädte, Wiesbaden und Hildesheim beziehen, sowie ein ganz Umwälze- handelt. Das „verfügbare“ Fringed wurde auf Verfall der Arbeiter auf 2 M. pro Meter Ladung festgesetzt.

Mit diesem Tarifschluß ist für das badische Möbel- transportgewerbe nunmehr etwas einheitliches geschaffen, wir nehmen an, daß dies auch im Interesse des umwohnenden Publikums steht. Wurde doch vor kurzem auf dem Höhe des Transportarbeiterkampfes in Karlsruhe die Meinung eines der größten Unternehmer in diesem Gewerbe abgelehnt, der einem Kurden pro Arbeiter und Tag den Betrag von 25 Mark anbot. Der Arbeiter erhielt in Wirklichkeit aber nur 10 M. bei neunundzwanzig Arbeitstagen. Dieser hohe Unternehmer enthielt sich also nicht, 150 Prozent des Arbeitslohnes in seine Tasche zu stecken, dazu waren als „Arbeitslohn“ die Arbeiter pro Mann 570 M. angesetzt. Ob sie es erhalten haben, können wir besser nicht wissen. Gerade dieser Unternehmer trübte sich aber auch mit Hän- den und Füßen an die Einführung eines Lohnarbeits in seinem Betriebe. Jederal's rednet er damit, daß er seine Ar- beiter dann besser beschäftigen kann, ungenügend der Lohn, daß er das Publikum in wirtschaftlicher Weise ausbeuten ver- mag. Allen Arbeitern im Fuhr- und Transportgewerbe können wir gegenüber solchen Praktiken nur raten: Organi- sieren Euch!

Kost-Unterbeamte, Kost-Aussteller. Nachdem sich in einer Reihe von Städten die Kostaussteller im Deutschen Transportarbeiterverband organisiert haben, wird nunmehr von den einzelnen Landeszentralen aus die Kreise der An- schluß der Kost-Unterbeamten an eine gewerkschaftliche Organisation geprüft. Seitens der General-Kommission wurde zunächst als unabhängige Organisation der Deutsche Transportarbeiterverband bezeichnet. Rollen und Kolleginnen, die weitere Auskunft wünschen, werden ersucht, sich an untenbenannte Adresse zu wenden.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirk Württemberg und Oberbaden, Karlsruhe, Wilhelmstraße 47, Telefon 3109.

Zusammenfassung der Kriegsbeschädigten- und Kriegsteilnehmerorganisationen. Die Mitteilungen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer schreiben: Der Bund Deutscher Kriegsbeschädigter, Zentrale Hamburg, hat am 27. Januar 1919 in Hamburg einen außerordentlichen Bundeskongress abgehalten, dessen einzige Aufgabe es war, erneut Stellung zum Anschluß an den Reichsbund zu nehmen. Be- stimmlich war der schon in Weimar vorbereitete Anschluß an den Reichsbund im Sommer vorigen Jahres von dem Bundesrat des Hamburger Bundes abgelehnt worden. Was wir damals bei der Besprechung der Tagung hervorheben haben, ist eingetroffen: Der Wille der Kameraden auf Errichtung einer einheitlichen Einheitsorganisation zur wirksamen Vertretung ihrer Interessen war auch in den Kreisen des Hamburger Bundes so stark, daß ihm auf die Dauer nicht entgegengehandelt werden konnte. Der unglück- liche Ausgang des Krieges und die Revolutionstage taten ein über- lies. Es bleibt ein Ruhestück in der Geschichte des Hamburger Bundes, daß sich die neuerdings führenden Kreise in ihm diesen Ereignissen nicht verschließen haben. Der außerordentliche Bundes- kongress in Hamburg hat den Anschluß an den Reichsbund mit über- wältigender Mehrheit beschlossen. Wir begrüßen die Kameraden als tapfere Mitglieder der gemeinnützigen Ideale, für die sie bisher schon in ihrem kleineren Rahmen reiflich und ohne Geschäftlichkeit gegen andere Hebesetzungen gekämpft haben. Der Anschluß wird am 1. März vollzogen.

Verantwortung beim Kleinhausbau. Es sei darauf hingewiesen, daß der „Badische Landeswohnungsverein“ in Karlsruhe, Städte- bau, zu seinen Aufgaben auch die Regelung in allen Dingen des Kleinhausbaues, der Heimstättenföderung, der Gartenflächen und Pausenoffensichtungen rechnet. Er erteilt auf schriftliche Anfragen kostenlos Auskunft und stellt vor allem auch geeignete Schriften, Abbildungen, Pläne usw. zur Verfügung. Vor allem sei hin- gewiesen auf die von Regierungsrat Dr. Kampffmeyer und Oberbauamt Professor Stürzenacker herausgegebenen Schrift

„Wohnungsfürsorge und Anstiedlung nach dem Kriege, die reiches Material enthält und die durch die Buchhandlungen für nur 50 Pf. zu beziehen ist. (Ders 9 der Schriften des Bad. Landeswohnungs- vereins“, Verlag der Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.) Ein 2. Teil der Schrift bezieht sich auf die Wohnungsfürsorge für Kleinhaus- siedlungen (1.50 M.). Sie enthält ebenfalls ausgezeichnete Ab- bildungen über Kleinhausbau, Heimstättenfödelungen usw.

Zusammenfassung der Polizeibeamten. Man schreibt uns: Am 19. Februar hat sich in Durlach ein Bezirkspolizei- beamtenverein gegründet, dem sofort 28 Polizeibeamten be- traten und ihren Anschluß an den Verband der Polizeibeamten Baden einstimmig beschlossen. Was die Polizeibeamten zusammen- führt, ist das harte Maß und die bittere Erkenntnis der Ohnmacht. Heute heißt es ohne Anhalt an der Vergangenheit das Werden gestalten. Einheit in der Pflicht und im Recht kann nur durch festen Zusammenhalt und stoffe Organisation erreicht werden.

Die Mannheimer Ausgewiesenen. Auf die Entlassung einer Veranlassung der Ausgewiesenen, in der vom Stadtrat verlangt wurde, daß das Bürgermeisteramt auch weiterhin der Kommission der Ausgewiesenen ein Dienstzimmer und das Material zur Verfügung stellen soll hat der Stadtrat dieses Ansuchen abgelehnt. Die Forderung, daß keine Födelde die Angelegenheit der Aus- gewiesenen in die Hand nehmen dürfe, weist der Stadtrat als eine den Interessen der Betroffenen direkt zuwiderlaufende Anmaßung zurück. Er wird im Geachtet seine Bemühungen, die Aufhebung oder wenigstens weitere Milderung des Aufenthaltverbotes zu er- zielen, fortsetzen. Als Ergebnis der Stadtrat mit, daß sich im gan- zen 38 159 hier anwesende demobilisierte Militärpersonen gemeldet haben, und daß von diesen erkrankten nur 2167 von dem Aufenthaltverbote betroffen werden. Der Stadtrat hat Schritte unternommen, damit möglichst alle diese 2167, wenn sie entpre- gende Geulte einreichen, hier bleiben dürfen.

Zur Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer. Unter den Ar- beitern und Angestellten, die Kriegsteilnehmer waren, besteht viel- fach die irrtümliche Meinung, daß sie ihres Rechts auf Wiedereinstellung verlustig gehen, wenn sie sich für die Wiedereinstellung der Or- dnung im Innern oder für den Grenzschutz anwerben lassen. Es ist aber in den Verordnungen über die Wiedereinstellung, Ent- lassung und Entlohnung von Arbeitern und Angestellten ausdrücklich bestimmt worden, daß auch die im Heimat- oder Grenzgebiet Ver- weilenden das Recht auf Wiedereinstellung erhalten und es nach ihrer Entlassung aus dem Heimat- oder Grenzgebiet geltend machen können. Aus der Befürchtung, kein Recht auf Wiederein- stellung zu verlieren, braucht also niemand den Eintritt in die Formationen des Heimat- oder Grenzgebietes zu scheuen.

Die Rechtsanwaltsangelegenheiten rühren sich. In Karlsruhe fan- gten Sonntag eine aufsehende Veranlassung von männlichen un- weislichen Rechtsanwaltsangehörigen des Landgerichts zur Karlsru- her Stadt. Der Verband der Rechtsanwälte des badischen Rechtsanwalts- vereinsverbandes, Vorsitzender Schuler aus Mannheim, legte in einem Vortrag die Notwendigkeit der Organisation und die Forderung der Verhältnisse dar. Nach weiteren Ausführungen der Herren Bruder aus Mannheim und Söding aus Pforzheim wurde eine Ortsgruppe Karlsruhe gegründet, welcher sofort allein 30 weisliche Angehörige beitrugen. Der gewählte Vorstand, welcher aus drei männlichen und zwei weiblichen Mitgliedern besteht, hat die weiteren Arbeiten der Ortsgruppe Karlsruhe zu leiten.

Die deutschen Gewerkschaften und die Belgier. In Bern hat, wie der „Vorwärts“ schreibt, der amerikanische Ministerpräsident Woodrow Wilson das Recht abgeprochen, gegen die Zurückhaltung und die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen Protest einzulegen, weil sie sich auch nicht um die deportierten Belgier kümmern wollten. Zum Beweise des Gegenteils stellt dem „Vorwärts“ Dr. Girsfeld, der jetzt in der Verwaltung Belgiens tätig war, zwei Briefe aus dem Jahre 1917 zur Verfügung. Darin heißt es u. a.: Wir glauben ohne Übertreibung sagen zu können, daß die Aufhebung der Deportation im wesentlichen dem Ein- flusse der deutschen Gewerkschaften zu danken ist. Wir, d. h. die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands, haben stets mit Nachdruck die Forderung vertreten, daß die deutschen Arbeiter dem Schicksal unserer Organi- sation unterstellt und nicht durch schlechteren Lohn und Arbeits- bedingungen geschädigt werden sollten. Nach langwierigen Ver- handlungen ist es uns endlich gelungen, diese Grundätze beim Kriegsminister und bei den Zivilbehörden zur Anerkennung zu bringen. Die deutschen Arbeiter haben sich also, so sagt der „Vor- wärts“, mit voller Kraft für die Verbesserung des Loses ihrer belgischen Brüder eingesetzt und sie haben das mit Erfolg getan.

1. März, 26. Febr. Zu unserem Artikel in Nr. 43 unserer Mattes betr. die Kürzungen bezw. Streichungen von Invaliden- renten teilt uns der Vertreter des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, der bei den Verhandlungen aus dem Bezirksamt anwesend war, mit, daß es hauptsächlich die ärztlichen Gutachten waren, die den Anlaß zu dieser sonderbaren Behandlung der Kriegsbeschädig- ten gegeben haben. Es müßte einen sonderbar an, wenn man z. B. bei Verlesung eines ärztlichen Attestes über einen Arm-Amputier- ten hören mußte: „Der Zustand hat sich bereits beben und gebessert, jedoch die Erwerbsfähigkeit um so und so viel Prozent höher wurde.“ Mit Recht fragte da der Vertreter der Kriegsbeschädigten, um wie viel Zentimeter der Arm gewachsen sei. Im übrigen erklären wir gern auf Wunsch, daß der Vorstand des Reichsbundes der Kriegs- beschädigten, Bezirksvereinigung Kastell, an unserem Bericht in Nr. 43 unse eilig ist und von demselben keine Kenntnis hatte. Der betr. Artikel stammt aus der Feder unseres Kassierer-Beichters. Wir wurden außerdem darauf aufmerksam gemacht, daß der bei dem betr. Artikel erwähnte Kriegsbeschädigte nicht bei der Post angestellt, sondern bei der Post beidseitig ist, was u. E. jedoch nichts an den bestehenden Tatsachen ändert.

Jurid auf Land! Aus Gombelheim schreibt man uns: Allenfalls, in Veranlassungen, in der Presse, in Aufrufen er- schallt jetzt der Ruf: Jurid auf Land; man will die Arbeitslosen in den Städten veranlassen, ihre Kraft der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen, um bei der Verteilung der Felder beifällig zu sein. All in, so bedingt diese Forderung auch sein mag, so bedeutet sie doch eine Forderung, wenn nicht auch die andere, nicht minder dringliche Forderung zugleich gestellt wird: Beschaffung von neuem Land. Die Lösung des Problems wird unmöglich, wenn man nicht mehr Land schafft zur Anstiedlung, wenn man nicht den großen Neubauländern auf den Leib rückt. Doch diese Güter zur Sozialisierung reif sind, darüber besteht wohl nichts ein Zweifel. Allein hier in Gombelheim könnt'n sich 40 kleine Parzellenbauern niederlassen, wenn man die großen Güter aufteilen würde, ja, man könnte sogar den Räckern die beiden Hufe Erbberhof und Demarshauerhof lassen, schon die innerhalb der Gemarkung liegenden Acker würden für die 40 Bauern ausreichen. Neben den Gütern besitzt die Douglasche Domäne noch 300 Morgen Wald hier; wieder ein Teil hiervon der Gemeinde zugewiesen und aus- gestodt, so gäbe es Arbeit, Holz und Land für die Arbeiter und kleinen Landwirte, deren Söhne jetzt bei der Eichenbahn und in den Fabriken den Stadtproletariats die Arbeit wegnehmen und auf dem Arbeitsmarkt zum Teil sogar noch die Lohnbrüder machen. Erste Aufgabe der Nationalversammlung sollte es sein, den junger- lichen Säcklingen am Volkskörper den Gehirns zu machen, den fehlenden Herrern das wieder wegzunehmen, was ihre Vor- fahren vor hundert oder noch mehr Jahren dem Volke widerrechtlich entzogen haben. Mit der Forderung Jurid auf das Land ist also unbedingt die Frage der Landbesetzung verknüpft. Nur wenn auch letztere Frage einer Lösung entgegengeführt wird, kann auch die erstere Frage reiflos betriebligend gelöst werden.

Strahlen der Stadt. Zu größeren Aufstellungen war es aber...

W. B. Erfurt, 26 Febr. Seit heute morgen herrscht hier...

W. B. Halle (Saale), 26 Febr. Zum Protest gegen den...

Berlin, 26 Febr. Im Braunfoblentrieb bei Halle...

völliger Verkennung der Lage sich zum Sympathietreff haben...

Briefkasten der Redaktion.

W. M. Breiten. Sehr höflich scheint man beim Bezirkskommando...

S. J. Die Wachen militärischer Dienstleistungen werden...

W. M. Kassel. Etwas gekürzt den Unabkömmlichen am...

Antwort geben, da Sie nicht mitteilen, woran Sie erkrankt sind...

A. B. 100. Wenn Sie vom 6. November 1918 bis zum 23. November...

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Todesfälle. Otto Müller, Fabr. u. Stadtrat, 61 J. Marie v....

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland...

Vereinsanzeiger.

Sagfeld. (Sozial. Verein.) Samstag, 1. März, abends 7/8 Uhr...

Gängertum Vorwärts Karlsruhe. Wir erfüllen hiermit die schmerzliche Pflicht...

Gesangverein „Cassalia“. Todes-Anzeige. Wir sehen unsere Mitglieder von dem Ablaßen...

Statt jeder besonderen Anzeige. Tief erschüttert teilen wir Verwandten, Freunden...

Trauerhüte in reicher Auswahl stets vorrätig. L. Weingand, Karlsruhe-Mühlburg.

Geldentschädigung beim Tragen eigener Bekleidung f. freiwillige. Denjenigen angeworbenen Freiwilligen...

Verloren am Sonntag abend goldene Damenuhr mit Studenten...

Nur noch heute und morgen! Ein Markt in der Filmkunst ist Margareta Boehm's vielumstrittenes Werk: Das Tagebuch einer Verlorenen...

Für meine Lehantalt 1917 zu leihen. Flügel und Binno zu kaufen...

Kleinfachmacher. 1. Lotis (Mad) für sofort auf dauernd gesucht.

Eisenbahnernischen in allen Größen zu haben in Weintraubs An- u. Verkaufsgeschäft...

Pelz verloren! Gehmarder mit 4 Schwänzen. Mit voh Abend 8 Uhr...

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz. Der Ehrenvorsitzende: Max, Prinz von Baden.

Taschenuhren auch reparaturbedürftig, kauft Levy, An- u. Verkaufsgeschäft...

Deutsches Volk! Die Sammlung des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz zugunsten seiner Gefangenen...

Der Vorsitzende des Gesamtverbandes: General Limberger, Karlsruhe.

Bekanntmachung. Vom 3. bis 12. März finden täglich (außer Sonntag) von 8 bis 11 Uhr...

Buchhandlung „Volksfreund“ KARLSRUHE. 24 Luisenstrasse 24. Lieferung von Partei-, Gewerkschafts- und Fach-Literatur...

Der Vorsitzende des Gesamtverbandes: General Limberger, Karlsruhe. Der Vorsitzende der Depot-Abteilung: Dr. Strode, Karlsruhe.

Veranstaltungen... Die Stadt ist ohne elektrisches Licht...

hat, wurden... Die Verdringung findet Samstag nachmittags 7 Uhr...

Mein... Die Verdringung findet am Freitag den 28. d. M. 7/12 Uhr...

Teiligung des... Bestattung: Freitag vormittag halb 12 Uhr.

Arbeiter-Stimmen... in reicher Auswahl stets vorrätig.

Denjenigen angeworbenen... Geldentschädigung beim Tragen eigener Bekleidung...

am Sonntag abend goldene... Verloren am Sonntag abend goldene Damenuhr...

Gewerkschafts = Kartell Karlsruhe.
Sozialdemokr. Partei Karlsruhe.

Freitag, 28. Februar, nachmittags 3 Uhr

in der

städtischen Festhalle

Große Kundgebung

der

gesamten Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenchaft Karlsruhe's.

Tagesordnung:

Brennende Fragen für das arbeitende Volk

Lebensmittelnot

Wohnungsfürsorge — Kriegsgefangenenfrage.

Redner:

Arbeitersekretär **Brull** und Landeswohnungsinспекtor
Dr. Kampmeier.

Arbeiter, Angestellte und Beamte beiderlei Geschlechts, sorgt durch massenhaften Besuch für eine machtvolle Kundgebung!

Bekanntmachung.

Die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie betreffend.

Die Ziehung der 3. Klasse der 13. Preussisch-Süddeutschen (289. Preussischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am 11. und 12. März 1919 stattfinden.

Die planmäßige Erneuerung der Lose 3. Klasse hat bis spätestens Mittwoch, den 5. März ds. Js., abends 6 Uhr bei den zuständigen Badischen Lotterietreibern zu erfolgen, die auch Kauflose abgeben.

Karlsruhe, den 26. Februar 1919.

Landeshauptkass.

als Landesbehörde für die staatliche Klassenlotterie.

Bekanntmachung.

Unter dem Pseudebstand des Wilhelm Engel III in Anleihen ist die Mäule ausgebrochen.

Karlsruhe, den 24. Februar 1919.

Bezirksamt.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 9 der bundesrätlichen Verordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. September 1918 und der Verordnung des badischen Ministeriums für Uebergangswirtschaft und Wohnungsweesen vom 30. Dezember 1918 ist das städtische Wohnungsamt berechtigt, die Einmietung von Wohnungsuchenden auch gegen den Willen des Verfügungsberechtigten nicht nur in unbenuzte, sondern auch in z. B. benutzte Räume zu veranlassen, falls dies ohne Härte für den Verfügungsberechtigten geschehen kann. Auch kann das Wohnungsamt unter derselben Voraussetzung veranlassen, daß der Verfügungsberechtigte der Stadt nicht nur unbenuzte, sondern auch benutzte Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst-, Geschäftsräume oder sonstige Räume zur Verdrängung als Wohnräume gegen Vergütung überläßt. Im Streitfalle entscheidet das Einigungsamt.

Karlsruhe, den 23. Februar 1919.

Der Stadtrat.

Aerztliche Anzeige.

Nach meiner Entlassung aus dem Heeresdienst nehme ich von Montag den 3. März ab die ärztliche Praxis in vollem Umfange wieder auf.

Sprechstunden: Morgens 8—10 Uhr

Nachmittags 2—3 "

Darlach, Gritznerstrasse 3a.

Dr. Birnmeyer.

Wir suchen je einige ältere tüchtige

Maschinenarbeiter

so wie

Handformer

Badische Maschinenfabrik (Seibolwerke) Darlach.

Arb.-Gesv. Gleichheit

Sonntag, den 2. März, nachmittags 4 Uhr, findet in unserem Sozial-Gewerkschaftszentrale, Kaiserstr. 13.

Familien-Unterhaltung mit Tanz

statt. Unsere verehrlichen Mitglieder, sowie Freunde des Vereins, sind hierzu freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Gaggenau.

Geschäfts-Empfehlung.

Nachdem wir das

Gasthaus z. Gambriushalle

übernommen haben, werden wir dasselbe am 1. März eröffnen.

Es wird unser eifriges Bestreben sein, die werten Gäste, so gut es in heutiger Zeit irgend möglich, durch Verabreichung guter, reiner Getränke, sowie kalter und warmer Speisen zu voller Zufriedenheit zu bedienen.

Vereinen und Gesellschaften bringen wir unsern großen Konzertsaal zur Abhaltung von Veranstaltungen jeglicher Art bestens zur Empfehlung.

Wir bitten hiermit die verehrliche Bevölkerung von hier und Umgebung um geneigtes Wohlwollen.

Sochachtungsvoll

Otto Feig und Frau.

Gaggenau, den 27. Februar 1919.

Arbeiter! Werdet für den Volksfreund.

Städt. Festhalle, Karlsruhe.
 Art Oberammergauer

Passions-Festspiele

unter Leitung und Mitwirkung der berühmten Christus- und Judasdarsteller Ad. und Gg. Fassnacht aus Bayern, sowie hervorragender Passionsdarsteller. 250 Mitwirkende! Auf eigens dazu erbauter grossen Festspielbühne. 250 Mitwirkende! Mitwirkung eines gemischten Chors von 150 Damen, Herren und Kindern. Solosänge: Oratoriansänger Adolf Fassnacht, Tenor.

Spieltage: am 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8. und 9. März jeden Abend 7 Uhr Anfang. Ausserdem am 2., 5., 8. und 9. März jeden Nachmittag 2 1/2 Uhr und abends 7 Uhr. Schüler und Begleitpersonen zahlen am 5. und 8. Nachmittags 2 1/2 Uhr halbe Preise. — Vorverkauf der Karten in der Musikalienhandlung des Herrn Fritz Müller, Kaiserstrasse, Ecke Walzstrasse, Telefon 883. — An der Abendkasse werden eine Stunde vor Beginn der Festspiele die noch vorhandenen Karten abgeben. Die Festspiele finden zuletzt in Dasselhof, Essen und Aachen mit grossem Erfolg statt. Anschlüsse der Züge nach der Aufführung nach allen Richtungen.

1240

Geschäftsstelle der Passionsspiele, Festhalle.

Der Verband der Angestellten-Ausschüsse von Karlsruhe und Umgebung

wurde am 17. Februar 1919 in einer zahlreich von den Angestellten-Ausschüssen der Stadt Karlsruhe und Umgebung besuchten Versammlung im Gartensaal des Restaurant Moninger gegründet.

Zweck des Verbandes ist gleichmässige Wahrnehmung und Vertretung der gemeinsamen Interessen der Angestellten.

Die anwesenden Angestellten-Ausschüsse der nahhaften Firmen von Karlsruhe und Umgebung erklärten einmütig ihren sofortigen Beitritt.

Sämtliche Angestellten-Ausschüsse, die dem Verbands noch nicht angehören, werden in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der Gesamtheit dringend gebeten, ihren sofortigen Beitritt zu erklären.

Schriftliche Beitrittserklärungen sind zu richten an W. Landsmann, Karlsruhe, Yorkstrasse 44, 1. Stock. Mündliche Auskünfte abends 7—8 Uhr.

1467

Zu verkaufen:

4 Zimmer Haus 3 städ. Miete M. 2200, Preis M. 82000, Südstadt.

3 Zimm. Haus m. Speisereichhaltig, Miete M. 2200, Preis M. 35000.

Geschäftshaus Südstadt 2 u. 3 Zimm. im Stad, beste Verhältnisse 200 qm, Miete M. 4300, Preis M. 70000.

Geschäftshaus Amalienstr. mit gr. 2 städ. Werkst., Preis M. 48000.

3 u. 4 Zimm. Haus Südstadt, Miete M. 5300, Preis M. 82000, 4 Zimmer sofort bezugsbar.

Gäuler mit Geschäften aller Art. Bäckereien, Metzgereien, Wirtschaften, Haushaltungsgeschäften, Uhrmacher, Fahrradhandlung, Freizeugeschäft, Konditorei mit Kaffee, Papierwarengeschäft.

M. Buiam, Herrenstr. 38.

An sämtliche Angestellten-Ausschüsse von Karlsruhe und Umgebung!

Am Samstag, den 1. März 1919, abends 7 1/8 Uhr, findet die

Vertrauensmänner-Versammlung

der Angestellten-Ausschüsse von Karlsruhe und Umgebung im Gartensaal des Restaurant „Moninger“ statt.

Von jedem Angestellten-Ausschuss sind hierzu zwei Vertrauensmänner zu entsenden.

Tagesordnung:

1. Wahl des Vorstandes. 1468

2. Statuten.

3. Teuerungsbefreiungen und Gehaltszulagen.

Um vollzähliges Erscheinen wird dringend gebeten.

Verband der Angestellten-Ausschüsse.

Die Kommission.

Deutsche, schützt die Grenze Eures Vaterlandes gegen den Einmarsch russischer Bolschewisten! Sofortige Meldung!

Mobiler Wohnung, 5 Mark Tageszulage, außerdem nach Ueber-schreiten der Reichsgrenze 4 Mark tägliche Zulage aus baltischen Landesmitteln, Familienunterstützung, freie Verpflegung, Bekleidung und Unterkunft. Später Anstellungsmöglichkeit im Vaterlande. Alle Waffengattungen erwünscht. Nur Ordnung liebende, pflichttreue Soldaten werden angenommen, Uniformen sind mitzubringen.

Anwerbestelle Baltienland

Zweigstelle Karlsruhe, frühere Militärwache am Karlsruor.

Weitere Zweigstellen befinden sich in:

Berlin-Wilmersdorf, Kaiser-Allée 1—12, Joachim Friedrich-Gymnasium

Samml. i. Westf., Lutherhaus, Königstr. 13

Hannover, Dagestr. 53 (Königliche 18)

Wilm (Donaun), Billa Gannoy 157 (angereicht)

Schwern i. Westf., Poststr. 31

Wöttingen, Beenderstr. 49

Leipzig, Dainstr. 5.

1471

Aufruf.

Laut Beschluß der Deutsch-Baltischen Landesvertretung in Libau und Berlin sind alle wehrfähigen

Balten im Alter von 18—42 Jahren

zum Eintritt in die baltische Landeswehr in Libau oder Reval verpflichtet.

Zwecks Einweisung in die Landeswehr, Vereining oder Zurückstellung von der Wehrpflicht, lassen sich alle baltischen Männer von 18—42 Jahren binnen einer Woche, gerechnet vom Tage dieser Veröffentlichung bei einer der Wehrstellen zu melden.

Wehrstelle in Karlsruhe i. Baden:

Dr. A. von Antropow, 1473

Richard Wagnerstr. 15, Telefon 9807, von 1—3 Uhr nachm.

In Auftrage der Deutsch-Baltischen Landesvertretung:

Die baltische Wehrpflicht-Kommission in Karlsruhe i. B.

Städtisches Konzerthaus.

Donnerstag, den 27. Februar 1919.

Vorstellung des Bad. Landestheaters.

Donnerstagsmiete Nr. 23.

Der Waffenschmied.

Komische Oper in 3 Akten, Text u. Musik v. Albert Lortzing.

Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Wichtigste Nachrichten
 Städt. Festhalle
 Passions-Festspiele
 Der Verband der Angestellten-Ausschüsse
 An sämtliche Angestellten-Ausschüsse
 Deutsche, schützt die Grenze Eures Vaterlandes
 Anwerbestelle Baltienland
 Aufruf.
 Städtisches Konzerthaus.
 Der Waffenschmied.